



# Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

## Bundesforschungsministerin irritiert mit ihren Aussagen

### Willingmann fordert volle Umsetzung der BAföG-Reform ein

Für junge Menschen wird es immer schwieriger, ein Studium zu finanzieren. Steigende Mieten, hohe Energiekosten – wer nicht von Haus aus finanziell stark unterstützt werden kann, hat es besonders schwer. Sachsen-Anhalts Wissenschaftsminister Prof. Dr. Armin Willingmann ist vor dem Hintergrund irritiert über jüngste Signale aus der Bundesregierung, die im Berliner Koalitionsvertrag fest vereinbarte und ausverhandelte BAföG-Reform wieder in Frage zu stellen.

„Bundesforschungsministerin Dorothee Bär und Unionsfraktionschef Jens Spahn setzen mit ihrem Schlingerkurs beim BAföG die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung aufs Spiel“, kritisiert Willingmann. „Beim BAföG darf sich das Fiasko um die versprochene Stromsteuer-Ermäßigung für alle nicht wiederholen! Die Studierenden in Deutschland erwarten zu Recht, dass der Bund, wie im Koalitionsvertrag dargelegt, die Ausbildungsförderung reformiert und erhöht. Hier geht es gleichermaßen ums Geld und um Glaubwürdigkeit.“

Willingmann hält Bundesforschungsministerin Bär vor, die wirtschaftliche Lage von Studierenden in Deutschland zu verkennen und fordert die vollständige Umsetzung der BAföG-Reform ein. „Die Aussage, es sei kein Drama, zu jobben, muss für Studierende wie blanker Hohn klingen. Etwa zwei Drittel von ihnen arbeiten schon heute neben dem Studium. Viele von ihnen kommen dabei kaum über die Runden. Der BAföG-Satz liegt zudem weiter deutlich unter der Grundsicherung. In Zeiten des Fachkräftebedarfs darf auch die Aufnahme eines Studiums nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Diese unnötige, noch dazu diffuse Debatte in Berlin sollte schnellstmöglich erledigt und die Reform verabredungsgemäß umgesetzt werden. Auch und gerade im Interesse der Studierenden aus Ostdeutschland.“

Bisher sollte im Zuge der BAföG-Reform der Grundbedarf für Studierende von bislang 475 Euro in zwei Schritten (hälftig zum Wintersemester 2027/28 und 2028/29) auf das Niveau der Grundsicherung (563 Euro) angehoben werden. Zudem sollte die Wohnkostenpauschale von 380 auf 440 Euro pro Monat steigen. Darüber hinaus sollten die Einkommensgrenzen bei den Eltern angepasst werden, damit mehr junge Menschen überhaupt einen BAföG-Anspruch erhalten.

In Sachsen-Anhalt ist die Zahl der BAföG-Empfänger zuletzt auf den niedrigsten Stand seit 1991 gesunken. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes erhielten 2024 knapp 18.200 Menschen Unterstützung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) – nochmal fünf Prozent weniger als 2023. Seit 2006 geht die Zahl der BAföG-Empfänger kontinuierlich zurück. Im Schnitt lag die monatliche Unterstützung bei 625 Euro. Etwa zwei Drittel der Geförderten waren Studierende, rund ein Drittel Schülerinnen und Schüler.

Aktuelle Informationen zu interessanten Themen aus Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt gibt es auch auf den Social-Media-Kanälen des Ministeriums bei Facebook, Instagram, LinkedIn, Mastodon und X (ehemals Twitter).

Impressum: Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt Pressestelle  
Leipziger Str. 58 39112 Magdeburg Tel: +49 391 567-1950, E-Mail: [PR@mwu.sachsen-anhalt.de](mailto:PR@mwu.sachsen-anhalt.de), [Facebook](#), [Instagram](#),  
[LinkedIn](#), [Threads](#), [Bluesky](#), [Mastodon](#) und [X](#)